

National und bolschewistisch – nicht nationalbolschewistisch. Die Kommunistische Partei Deutschlands zur Zeit der Weimarer Republik

Ossip K. Flechtheim war von 1927 bis 1931 Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlichte er eine der ersten historischen Werke über die Geschichte der ersten legalen kommunistischen Partei.¹ In seinem Buch *Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik*, 1948 veröffentlicht, beschrieb Flechtheim, in der Doppelrolle als Historiker und Zeitzeuge, die politische Entwicklung der KPD bis 1933. Nach Flechtheims Aussage sprach Heinz Neumann, in der letzten Phase der Weimarer Republik der Theoretiker der KPD, auf einer »Goebbels-Versammlung« die anwesenden Nazis folgendermaßen an:

Junge Sozialisten! Tapfere Kämpfer für die Nation! Die Kommunisten wollen keinen Bruderkampf mit den Nationalsozialisten!²

In der Phase zwischen 1930 und 1933 kam es zu mehreren, aus heutiger Sicht befremdlichen Zusammentreffen zwischen den Parteien KPD und NSDAP. Die bekannteste Zusammenarbeit war der Streik in den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) im November 1932, als Mitglieder beider Parteien, wie sich Evelyn Anderson später erinnerte, in einer »perversen Einheitsfront« »Arm in Arm« zusammenstanden.³ Anderson war 1927 von der KPD zur SPD gewechselt und veröffentlichte 1945 in den USA ihre Parteigeschichte *Hammer oder Amboß. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Trotz dieser Beispiele ist es erklärungsbedürftig, dass ausgerechnet Heinz Neumann Anfang der 1930er Jahre Mitglieder der NSDAP als mögliche Verbündete ansprach. Denn auf Neumann soll die bekannte antifaschistische Parole »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft!« zurückgehen.⁴ Wie sollte also die Parteilinie aussehen: konsequenter Antifaschismus oder kein »Bruderkampf« mit den Nazis?

¹ Ossip K. Flechtheim, geboren 1909, floh 1933 nach Belgien, in die Schweiz und schließlich in die Vereinigten Staaten von Amerika. 1947 wurde *Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik* als Dissertation in Deutschland angenommen, 1952 wurde Flechtheim Professor an der Freien Universität in Berlin. Flechtheim starb 1998 in Berlin.

² Ossip K. Flechtheim: *Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik* [1948], Frankfurt am Main 1976, zweite Auflage, S. 275.

³ Evelyn Anderson: *Hammer oder Amboß. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* [1945], aus dem Englischen von Walter D. Schulz, Frankfurt am Main 1981, S. 209–210.

⁴ Auch wenn nicht bekannt ist, wer die Parole geprägt hat, so macht die *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* Heinz Neumann dafür verantwortlich, dass die Losung in der antifaschistischen Linken populär wurde. *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Band 4: Von 1924 bis Januar 1933, Berlin (Ost) 1966, S. 254.

Seit ihrer Gründung am Jahreswechsel 1918/19 ging die KPD davon aus, dass sie die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die »Massen«, repräsentieren würde. Als die NSDAP bei den Wahlen ab 1929 unglaubliche Stimmengewinne verbuchen konnte, war es das Ziel, diese Leute gewissermaßen »zurück« zu gewinnen. Sogar noch nach 1933 ging Arthur Rosenberg – auch er ein ehemaliges Mitglied der KPD, heute aber vor allem als Historiker der Weimarer Republik bekannt – davon aus, dass sich in der NSDAP ursprünglich »aufrichtige nationale Sozialisten« befunden hätten. In *Die Geschichte der Weimarer Republik* schrieb Rosenberg:

Bei der Gründung der Nationalsozialistischen Partei im Jahre 1920 hatten sich mit den üblichen völkischen Akademikern und Freikorpsleuten auch aufrichtige nationale Sozialisten vereinigt. Das waren Männer, die wirklich in Deutschland den Sozialismus wollten, die aber in der SPD den Verbündeten des liberalen Kapitalismus sahen und in der KPD eine Agentur des russischen Staates.⁵

Die KPD verstand sich nicht nur als die »einzige Arbeiterpartei«. Sie präsentierte sich in der Weimarer Republik zudem wiederholt als die einzige Partei, die die deutsche Bevölkerung, die »Nation«, gegen das »internationale« Kapital und den Imperialismus verteidigen würde. 1930 wurde das besonders deutlich, als die KPD ein neues Parteiprogramm verabschiedete (das zweite seit ihrer Gründung), das eine Reaktion auf den Erfolg der NSDAP darstellte. Das Programm war betitelt: *Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes*. In diesem Programm nahm die KPD den Namen der NSDAP auseinander – Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei –, wies aber nicht nur nach, dass die Nazi-Partei keine sozialistische Arbeiterpartei war, sondern bestritt auch, dass die NSDAP eine nationale Partei war.

Offiziell vertrat die KPD zu keiner Zeit eine Querfront-Position, sie strebte also kein Bündnis mit der extremen Rechten an. Aber es gibt drei Phasen innerhalb der Weimarer Republik, in denen es so scheinen könnte:

- 1920, als die nationalbolschewistische Fraktion innerhalb der KPD sehr stark war, insbesondere in Hamburg;
- 1923, in dem Jahr der großen ökonomischen Krise; und

⁵ Arthur Rosenberg: *Geschichte der Weimarer Republik* [1935], Hamburg 1991, S. 203.

- in den letzten drei Jahren der Weimarer Republik, als die NSDAP der KPD den Ruf als der einzigen Arbeiterpartei streitig machte und als Gregor Strasser von der NSDAP im Reichstag von der »antikapitalistische[n] Sehnsucht des deutschen Volkes« sprach.⁶

Unmittelbar nach Gründung der KPD, 1919/20, war eine nationalbolschewistische Fraktion in der Partei vergleichsweise stark. Viele dieser Mitglieder verließen die KPD sehr bald und gründeten, mit Rätekommunist/innen, Anarchosyndikalist/innen und anderen, 1920 eine zweite kommunistische Partei, die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD). Die Nationalbolschewisten suchten die breite Einheit, auch mit der Bourgeoisie, und propagierten Bolschewismus als ein nationales Anliegen. In *Die Kampfzeit der KPD 1921–1923* schreibt Werner T. Angress, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder die KPD verließen; in Hamburg waren es sogar 90 Prozent, die zur KAPD wechselten.⁷ Der Hamburger KPD-Vorsitzende Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim hatten zuvor über den Parteivorsitzenden Paul Levi in der Hamburger kommunistischen Presse behauptet, Levi wäre der »Judas der deutschen Revolution« und, wie Hans Manfred Bock in seiner Studie zum Linkskommunismus schreibt, ein »Agent des jüdischen internationalen Finanzkapitals«.⁸ In der Zeitung der KAPD, der *Kommunistischen Arbeiterzeitung*, hieß es 1920 grundsätzlich über »die Juden«:

»Soweit die nationale Unterdrückung der Juden eine Tatsache ist – und sie ist es lediglich noch in den kapitalistisch nicht voll entwickelten Ländern, während sie in den kapitalistischen Republiken durch ihre Kontrolle über das Finanzkapital die eigentlich herrschende Nation geworden sind –, ist diese Tatsache völlig gleich zu bewerten mit der nationalen Unterdrückung jeder anderen Nation.«⁹

Es ist bemerkenswert, wie sich die KPD mit diesem nationalbolschewistischen Flügel auseinandersetzte. In der Tageszeitung der KPD, *Die Rote Fahne*, übernahm das August Thalheimer, der Cheftheoretiker in dieser Zeit. Thalheimer widersprach den Hamburger Nationalbolschewisten gar nicht, dass die kommunistische Linke auch für die »nationale

⁶ Gregor Strasser am 10. Mai 1932, zitiert nach: Otto-Ernst Schüddekopf: Nationalbolschewismus in Deutschland 1918–1933, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1972, S. 256.

⁷ Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, aus dem Amerikanischen von Heinz Meyer, Düsseldorf 1973, S. 69. Ders., *Stillborn Revolution: The Communist Bid for Power in Germany 1921–1923*, Princeton (New Jersey) 1963, p. 44. Ursula Büttner: Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist. Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, Hamburg 1985, S. 115.

⁸ Englische Lockspitzel finanzieren den deutschen Bürgerkrieg. Der Judas der deutschen Revolution, in: *Kommunistische Arbeiterzeitung* 56, 24. April 1920. Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik [1969], Darmstadt 1993, S. 277.

⁹ Der Parlamentarismus ist Angelegenheit der Führer! Poale Zion, in: *Kommunistische Arbeiterzeitung* 61, 5. Juni 1920.

Befreiung« kämpfen müsse, denn die »nationale Befreiung« sei »die notwendige *Folge* der sozialen Befreiung«. ¹⁰ Die KPD warf Laufenberg und Wolffheim vielmehr vor, dass sie es seien, die nicht für die Nation kämpften. Denn wenn die Nationalbolschewisten ein Bündnis mit der Bourgeoisie eingingen, so die *Rote Fahne* 1920, ignorierten sie, dass »dem Kapitalismus Nationalität völlig gleichgültig« sei. ¹¹ Diese Argumentationslinie wurde später auf die NSDAP übertragen. Ich werde darauf zurückkommen.

Man könnte nun denken, dass sich das Problem mit der Abspaltung erledigt hätte. Doch drei Jahre später, 1923, ging die KPD selbst offensiv auf ihre politischen Todfeinde zu. Die gewaltige ökonomischen Krise, in der einfache Lebensmittel Millionen und Milliarden Reichsmark kosteten, schien eine revolutionäre Stimmung hervorzurufen. ¹² Im Januar 1923 hatte das französische Militär das Ruhrgebiet besetzt, um Reparationszahlungen vom Deutschen Reich für den Ersten Weltkrieg einzufordern. Gegen die Besetzung machte sich eine nationalistische Welle in Deutschland breit. Heinrich Brandler, der Vorsitzende der KPD, forderte am 1. Juni 1923, die KPD solle versuchen, die »*ehrlich national empfindenden Elemente*« aus dem nationalistischen Lager herauszulösen. ¹³

Die KPD wollte auch in dieser Phase keine Koalition mit der jungen, kleinen NSDAP oder anderen völkischen Parteien und Gruppierungen eingehen. Gleichwohl gab es auf lokaler Ebene so etwas wie Sondierungsgespräche. Zudem diskutierten Karl Radek – zu dieser Zeit so etwas wie der russische Botschafter in Deutschland, also der Vertreter der Kommunistischen Internationale in Berlin – und andere prominente KPD-Mitglieder öffentlich mit dem Rechtsintellektuellen Arthur Moeller van den Bruck, der den Begriff »Drittes Reich« prägte. *Die Rote Fahne* brachte Artikel des prominenten Nationalsozialisten Ernst Graf von Reventlow. Bekannt ist dieser KPD-Kurs als Schlageter-Kurs. Auf einem Treffen der Kommunistischen Internationale (Komintern) hielt Radek im Juni 1923 eine Rede zu Ehren des Faschisten Albert Leo Schlageter. Schlageter war kurz zuvor vom französischen Militär im Rheinland exekutiert worden, weil er eine Zugbrücke in die Luft gesprengt hatte. Radek forderte, obwohl Schlageter Mitglied der rechtsextremen Freikorps war und Kommunist/innen bekämpft hatte: »Die Geschicke dieses Märtyrers des deutschen

¹⁰ Kommunismus, Nation und Krieg, in: *Die Rote Fahne* 70, 6. Mai 1920. Hervorhebung im Original. Die grundsätzlichen Fragen des Ruhrkampfes. Von August Thalheimer, in: *Die Kommunistische Internationale* 26, 1923.

¹¹ Der nationale Bolschewismus, in: *Die Rote Fahne* 59, 24. April 1920.

¹² Rosenberg: Geschichte der Weimarer Republik, S. 135.

¹³ Heinrich Brandler, nach: Otto Wenzel: 1923. Die gescheiterte *Deutsche Oktoberrevolution* [1955], Münster 2003, S. 113. Hervorhebungen im Original.

Nationalismus sollen nicht verschwiegen, nicht mit einer abwerfenden Phrase erledigt werden. Sie haben uns, sie haben dem deutschen Volke vieles zu sagen.«¹⁴

In dieser Phase finden sich deutlich judenfeindliche Aussagen in der kommunistischen Parteipresse. Das bekannteste Beispiel wurde in der Ankündigung für heute Abend zitiert: Auf der Diskussionsveranstaltung zum Thema »Wofür starb Schlageter? Kommunismus, Fascismus und die politische Entscheidung der Studenten«, zu der die KPD auf Handzetteln »besonders die völkischen Gegner« eingeladen hatte,¹⁵ versuchte Ruth Fischer u. a. mit folgender Argumentation, das Publikum für die KPD zu gewinnen:

Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren? *Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer*, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. *Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie*. Aber meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner ...?¹⁶

Es gibt eine jüngere Generation von Historiker/innen und Sozialwissenschaftler/innen, die der Linkspartei nahesteht und die bezweifelt, dass Fischer das gesagt habe; weil der *Vorwärts*, die Tageszeitung der SPD, 1923 über Fischers Agitation berichtete, behauptet z. B. der Soziologe Peter Ullrich, die SPD könne die Aussage erfunden haben.¹⁷ Dabei haben weder Ruth Fischer noch die *Rote Fahne* den Bericht dementiert, die, wie der Historiker Otto Wenzel betont, »aus viel unwichtigerem Anlaß« Gegendarstellungen zu Berichten des *Vorwärts* brachte.¹⁸ Ullrich ignoriert noch weitere Tatsachen: Der *Vorwärts* hat den ganzen Bericht von einem Kommunisten übernommen, nämlich Franz Pfemfert, ein Gründungsmitglied der KPD, der als Rätekommunist die Partei schon früh wieder verlassen hatte und in seiner eigenen Zeitschrift *Die Aktion* den nationalistischen Kurs und entsprechende Äußerungen bis 1932

¹⁴ Karl Radek: Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts (Juni 1923), unter:

<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/radek/1923/06/schlageter.html> (April 2016).

¹⁵ Der Handzettel ist abgedruckt in: Franz Pfemfert: Die schwarzweiszrote Pest im ehemaligen Spartakusbund, in: *Die Aktion. Wochenschrift für Politik, Literatur, Kunst* 14, 1923. Hervorhebungen im Original.

¹⁶ Pfemfert: Die schwarzweiszrote Pest. Hervorhebungen im Original.

¹⁷ Peter Ullrich: Nationaler Kommunismus nach Auschwitz – die DDR und die Jüdinnen und Juden. Ein Bilanzierungsversuch, in: Ders.: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs, Göttingen 2013, S. 129–144, hier S. 131, Fußnote 7. Eine ähnliche Tendenz bei Ralf Hoffrogge: Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895–1940), Konstanz/München 2014, S. 249, Fußnote 77.

¹⁸ Wenzel: 1923. Die gescheiterte *Deutsche Oktoberrevolution*, S. 122. Nach dem Zweiten Weltkrieg schrieb Fischer, ihre Aussage werde »immer wieder« falsch wiedergegeben. Sie habe allerdings gesagt, dass die KPD »dann für die Bekämpfung der jüdischen Kapitalisten ist, wenn alle Kapitalisten, jüdische und nicht-jüdische, Ziel des gleichen Angriffs sind«. Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus, Band 1: Von der Entstehung des deutschen Kommunismus bis 1924 [1948], aus dem Englischen von H. Langerhans, Berlin 1991, S. 354–355, Fußnote 16.

anprangerte.¹⁹ Auch der Anarchosyndikalist Rudolf Rocker berichtete 1923 unter der Überschrift »Antisemitismus und Judenpogrome« in der Zeitschrift *Der Syndikalist*, dem Organ der Freien Arbeiter-Union (FAU), über den Vorfall.²⁰

Wer nicht glauben mag, dass Ruth Fischer 1923 so argumentiert habe, muss aber noch etwas anderes ignorieren. Hermann Remmele, ein Mitglied der KPD-Zentrale (dem, was man später Zentralkomitee nannte), sprach im gleichen Sommer auf einer NSDAP-Versammlung in Stuttgart, und Remmeles Rede wurde mit Zwischenrufen in der *Roten Fahne* abgedruckt. Demnach gab es zwischen Remmele und seinem Publikum folgenden Wortwechsel:

Sie, die Faschisten, geben nun an, das jüdische Finanzkapital zu bekämpfen. Schön. Tun Sie das! Einverstanden! (Stürmischer Beifall bei den Faschisten.) Aber Sie dürfen eines nicht vergessen, das Industriekapital! (Zuruf bei den Faschisten: »Bekämpfen wir genau so!«) Denn in Wirklichkeit ist das Finanzkapital nichts anderes als das Industriekapital.²¹

Es ist unübersehbar, wie sehr sich die Argumentationen von Fischer und Remmele ähneln. Einerseits widersprachen Fischer und Remmele den Nazis, betonten, dass nicht »die Juden« für den Kapitalismus verantwortlich seien, und forderten, auch gegen ein nichtjüdisches Kapital zu kämpfen. Andererseits stimmte Remmele mit den Nazis darin überein, dass es eine bedeutsames, mächtiges »jüdisches« Finanzkapital gäbe, das man bekämpfen müsse. Auch Ruth Fischer identifizierte das »Judenkapital« mit den »Börsenjobbern«. In diesem Detail reproduzierten Fischer und Remmele die alte antisemitische Vorstellung, die 1920 die Hamburger Nationalbolschewisten in krasser Weise ausgedrückt hatten, dass »die Juden« »das Finanzkapital«, die Banken und Börsen, dominieren würden.²²

Die gebrachten Zitate sind eine Illustration dafür, dass die KPD, wie der Historiker Edmund Silberner es formulierte, Anhängern der völkischen Parteien und Bewegungen 1923 zeigen,

¹⁹ Olaf Kistenmacher: Vom »Judas« zum »Judenkapital«. Antisemitische Denkformen in der KPD der Weimarer Republik, 1919–1933, in: Matthias Brosch/ u. a. (Hg.): *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung*, Berlin 2007, S. 69–86, hier S. 69. Ders.: *Arbeit und »jüdisches Kapital«. Antisemitische Aussagen in der KPD-Tageszeitung Die Rote Fahne während der Weimarer Republik*, Bremen 2016, S. 39–41.

²⁰ Rudolf Rocker: *Judenpogrome und Antisemitismus [1923]*, in: Jürgen Mümken/Siegbert Wolf (Hg.): *»Antisemit, das geht nicht unter Menschen«. Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und Israel*, Band 1: Von Proudhon bis zur Staatsgründung, Lich (Hessen) 2013, S. 132–138.

²¹ Rede des Genossen Remmele in der Faschistenversammlung in Stuttgart, in: *Die Rote Fahne* 183, 10. August 1923.

²² Der Parlamentarismus ist Angelegenheit der Führer! Poale Zion, in: *Kommunistische Arbeiterzeitung* 61, 5. Juni 1920. Siehe Moische Postone: *Antisemitismus und Nationalsozialismus [1979]*, aus dem Amerikanischen von Renate Schumacher und Dan Diner, unter: http://ca-ira.net/verlag/leseproben/pdf/postone-deutschland_lp.pdf (April 2016).

dass »die Judenfrage sie eigentlich nicht von den Kommunisten trenne«.²³ Es gab aber noch eine andere Argumentationslinie, die am Ende der Weimarer Republik wieder aufgenommen wurde. Die KPD nutzte antisemitische Vorstellungen, um damit Nazi-Führer anzugreifen und so die Basis der NSDAP von ihren Köpfen abzuspalten. Ein frühes Beispiel dafür ist diese Karikatur, die am 29. Juli 1923 in einer Sonderausgabe der *Roten Fahne* erschien. Die Karikatur »Hakenkreuzparade vor Hakennasen. Eine wahre Begebenheit« brachte den Vorwurf auf ein simples Bild und unterschied sich in der grafischen Darstellung der »Juden« nicht von Nazi-Karikaturen. Die gezeigten »jüdische[n] Großindustrielle[n]« hatten auffällige Hakennasen, wulstige Lippen und halb geschlossene Augenlider. Sie sahen, trotz der Kleidung und eleganter Schuhe, schmutzig aus. Durch die Überschrift »Geld stinkt nicht oder: so sieht ihr Antisemitismus aus!« erweckte die Karikatur den Eindruck, die Abbildung zeige das grundsätzliche Verhältnis zwischen Nationalsozialisten und »Hakennasen« und offenbare zudem den wahren Charakter des nationalsozialistischen Judenhasses, von dem angeblich keine ernsthafte Gefahr ausginge.²⁴

Für die letzten Jahre der Weimarer Republik reicht es zunächst, ein paar Überschriften aus der *Roten Fahne* vorzulesen:

- Jüdischer Warenhausbesitzer finanziert Nazipropaganda (*Die Rote Fahne* 174, 29. Juli 1930),
- Ein Nazi spitzelt für den jüdischen Chef (*Die Rote Fahne* 71, 25. März 1931),
- Hitler proklamiert die Rettung der reichen Juden (*Die Rote Fahne* 208, 15. November 1931),
- Hitler als Retter der reichen Juden (*Die Rote Fahne* 76, 9. April 1932),
- Hakenkreuz mit Judenkundschaft (*Die Rote Fahne* 124, 8. Juni 1932),
- Nazis für jüdisches Kapital (*Die Rote Fahne* 182, 7. September 1932).

Eine auf den ersten Blick gänzlich andere Reaktion auf den zunehmenden Judenhass der Nazis stellte der ganzseitige Beitrag »Die Blutsauger des deutschen Volkes im Scheunenviertel« dar. Dem Stereotyp von »den jüdischen Schmarotzern« setzte der Beitrag im Herbst 1929 eine Beschreibung der Realität im Berliner Scheunenviertel entgegen, in dem Jüdinnen und Juden in bitterster Armut lebten. Die Überschrift »Die Blutsauger des deutschen Volkes im Scheunenviertel« war zwar nicht als Zitat ausgewiesen. Doch der Beitrag machte

²³ Edmund Silberner: Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983, S. 267.

²⁴ Die Karikatur ist abgebildet in: Kistenmacher: Arbeit und »jüdisches Kapital«, S. 80.

gleich im ersten Absatz deutlich, dass die Überschrift lediglich die Sichtweise der Nationalsozialisten wiedergab: »Wenn man in die Elendsquartiere des Scheunenviertels hineinleuchtet, muß man sagen, gemeiner und tierischer kann eine Lüge nicht sein wie dieser mörderische Antisemitismus gegen die Aermsten der Armen.« Im nächsten Satz gab der Artikel allerdings einem nicht weiter benannten »jüdischen Großkapital« eine Mitschuld an der antisemitischen Gewalt:

Die Pogrome, die diese von dem jüdischen Großkapital gut bezahlten Horden durchführen, sind Mörderfeldzüge gegen arme Proletarier, die nicht nur in dem tiefsten Elend dieser kapitalistischen Gesellschaft ihr Dasein fristen, sondern Sklaven einer mittelalterlichen Zurückgebliebenheit sind.²⁵

In einer Rede, die 1930 als Broschüre *Sowjetstern oder Hakenkreuz. Die Rettung Deutschlands aus der Youngsklaverei und Kapitalsknechtschaft* veröffentlicht wurde, sagte Remmele, mittlerweile neben Thälmann und Neumann der dritte Mann an der KPD-Spitze:

So hat u. a. der Gauleiter von Berlin, Dr. Goebbels, einen Parteibefehl erlassen, daß der Ruf »Juda verrecke!« *in Zukunft nicht mehr angewendet* werden dürfe. Bald danach berichtete die bürgerliche Presse, daß die nationalsozialistische Gauleitung von dem Juden Jakob Goldschmidt, einem vielfachen Millionär und Generaldirektor der Danatbank, große Geldmittel zur Verfügung gestellt bekam.²⁶

Es ist in der Forschung abgestritten, inwiefern die NSDAP vor 1933 offen antisemitisch hetzte oder die Hetze infolge des Legalitätskurses abschwächte.²⁷ Selbst wenn die antisemitische Hetze der NSDAP zu der Zeit, als Remmele davon sprach, tatsächlich abgeschwächt wurde, blieb es bemerkenswert, wie Remmele den taktischen Wechsel der Nationalsozialisten erklärte: mit dem Einfluss des »Juden Jakob Goldschmidt«. Remmele hatte sich das nicht selbst ausgedacht. Schon zuvor hatte die *Rote Fahne* zur Erklärung, warum die NSDAP Goldschmidt nicht mehr attackieren würde, unter der Überschrift »Jakob Goldschmidt finanziert die Nazis« ausgeführt:

Warum? Eine linksbürgerliche Zeitung hatte schon vor einiger Zeit die Vermutung ausgesprochen, daß Goldschmidt auf dem Wege über Hugenberg durch größere Geldbeträge den nationalsozialistischen »Argumenten« ein Ende bereitet habe.²⁸

²⁵ Die Blutsauger des deutschen Volkes im Scheunenviertel, in: *Die Rote Fahne* 183, 19. September 1929.

²⁶ Hermann Remmele: *Sowjetstern oder Hakenkreuz. Die Rettung Deutschlands aus der Youngsklaverei und Kapitalsknechtschaft*, Berlin 1930, S. 13–14. Hervorhebungen im Original.

²⁷ Grundsätzlich kritisch zu dieser geschichtswissenschaftlichen Diskussion Michael Wildt: *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz*, Hamburg 2007, S. 98–99, Fußnote 80.

²⁸ Jakob Goldschmidt finanziert die Nazis, in: *Die Rote Fahne* 169, 3. September 1929. Hervorhebung im Original.

Obwohl der Bericht nur eine Vermutung kolportierte, sollte mit ihr belegt werden, dass der »jüdische Finanzmagnat« die NSDAP so stark beeinflussen könne, dass die nationalsozialistische Presse deswegen auf die judenfeindliche Hetze verzichtet habe.

1930 verabschiedete die KPD die *Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes*. Ein Jahr später verständigte sich das Zentralkomitee auf die Losung der »Volksrevolution«. Darauf reagierte kein Geringerer als Leo Trotzki aus dem Exil sehr kritisch:

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland verwischt die Losung einer Volksrevolution die ideologische Demarkation zwischen Marxismus und Faschismus und versöhnt Teile der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums mit der faschistischen Ideologie, da sie ihnen gestattet zu glauben, daß sie keine Wahl treffen müssen, wenn es doch in beiden Lagern um eine Volksrevolution geht.²⁹

Auf einer Fotografie, die in der *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* abgedruckt ist, sind Walter Ulbricht und Joseph Goebbels nebeneinander auf einer »Naziversammlung« in Berlin-Friedrichshain zu sehen. Ulbrichts Rede ist überliefert und wurde in der DDR mehrmals nachgedruckt. Allerdings habe ich erst bei meiner Recherche in der *Roten Fahne* einen Zwischenruf gefunden, der später getilgt wurde:

Am 21. Januar stimmten die Naziführer für die Subventionen der Mansfeld-AG. von 7 Millionen Mark. Die Herren Otto Wolff, Jakob Goldschmidt und Co. (Zwischenruf: der Jude Otto Wolff, der Jude Goldschmidt). Jawohl, dem jüdischen hundertfachen Millionär Otto Wolff wurden noch weitere Millionen geschenkt, aber dafür haben die nationalsozialistischen Führer gestimmt.³⁰

Um zu schließen: Ich stimme mit Werner T. Angress darin überein, dass, wie er in *Die Kampfzeit der KPD* schrieb, die Komintern »nicht im Ernst daran [dachte], eine Einheitsfront zwischen der KPD und den deutschen Rechten zu schaffen«.³¹ Wie ich hoffentlich zeigen konnte, besteht das Problem auf einer anderen Ebene: Die KPD schuf in der Auseinandersetzung mit der Rechten, aber auch unabhängig davon einen »linken« Nationalismus und eigene, »linke« antisemitische Argumentationsweisen. Da die NSDAP keine antikapitalistische Partei war, sondern mit der Schwerindustrie und auch einem angeblichen »jüdischen Kapital« verbunden war, galt sie der KPD auch nicht als eine nationale Partei. Ulbrichts Rede ist dafür ein typisches Beispiel: Er versuchte, die Parteibasis

²⁹ Leo Trotzki: Gegen den Nationalkommunismus [1931], unter: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1931/08/natkomm.htm> (April 2016).

³⁰ Genosse Ulbrichts Abrechnung mit den Nazis. Sein Aufruf zur Einheitsfront aller werktätigen Schichten gegen Volksausplünderung und Young-Sklaverei, in: *Die Rote Fahne* 20, 24. Januar 1931.

³¹ Angress: *Kampfzeit*, S. 372.

der NSDAP von der Führung abzuspalten und »zurück« zu gewinnen, und sein ganzes Argument gegen den antisemitischen Zwischenruf bestand darin zu sagen, dass die NSDAP-Führung diese Bankiers noch gefördert habe.